

Jugendrebellionen in Südasien

Trends, Ursachen, Folgen

Aditya Gowdara Shivamurthy

Die Jugend Südasiens erhebt sich: ohne explizite Anführer/-innen, digital vernetzt und im Widerstand gegen die alten Eliten. Politik soll und muss neu gestaltet werden, denn die wirtschaftliche Frustration und der systemische Verfall sind groß, konstatiert der Autor für die Länder Bangladesch, Nepal und Sri Lanka im Jahr 2025.

Sri Lankas *Aragalaya*-Bewegung von 2022 (siehe Länderartikel), Bangladeschs „zweite Befreiung“ von 2024 und die jüngsten Proteste der *Generation Z* in Nepal unterstreichen einen allgemeinen Trend in Südasien – der politische Frühling scheint gekommen. Die Proteste verdeutlichen ein Phänomen, bei dem die jüngere Generation die bestehende politische Kultur und die Regierungen in Frage stellt. Sie strebt – *grosso modo* – verfassungsrechtliche und politische Reformen an, ein besseres Leben und die Beseitigung wirtschaftlicher Missstände. Ihre Proteste verdeutlichen eine weitreichende Unzufriedenheit mit den ausgehöhlten, politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Welche Folgen könnte dieser „Frühling“ haben?

Alte politische Kultur und Generationswechsel

Seit ihrer Unabhängigkeit wurden die Länder Bangladesch, Nepal und Sri Lanka weitgehend von denselben traditionellen Eliten beherrscht. In Sri Lanka dominierten lange Zeit die *United National Party* (UNP) und die *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) die Politik, bis sie in den 2000er Jahren für rund 15 Jahre von Mahinda Rajapaksa und seiner Familie abgelöst wurden. In Bangladesch haben Sheikh Hasina und Khaleda Zia, beide Töch-

ter ehemaliger Präsidenten, die politische Szene dominiert. In Nepal gab es allein im letzten Jahrzehnt mehr als sieben Regierungen, die zwischen SB Deuba vom *Nepali Congress*, KP Oli von der Kommunistischen Partei Nepals (Marxisten-Leninisten) und Prachanda von der Kommunistischen Partei Nepals (Maoisten) wechselten.

Rassistische Politik und die Verschärfung ethnischer Spaltungen trugen zur Machterhaltung in Sri Lanka aufgrund der singhalesisch-nationalistischen Wählerschaft bei. In Bangladesch waren Wahlen von Gewalt geprägt und manipuliert. In Nepal glich die politische Entwicklung lange Zeit einem fortwährenden „Reise nach Jerusalem“. Diese Machtkonstellationen gewährten wenig Raum für Neues oder eine aktive Bürgerbeteiligung. Für die Jugend schon gar nicht. Dabei ist Südasien eine der Regionen mit dem jüngsten Durchschnittsalter der Welt. Das Medianalter liegt bei 28 Jahren, 30 Prozent aller Jugendlichen weltweit leben dort. Sie machen einen erheblichen Anteil der gesamten Erwerbsbevölkerung in diesen Ländern aus: 39 Prozent in Sri Lanka, über 45 Prozent in Bangladesch, rund 47 Prozent in Nepal. Die reale Teilhabe junger Menschen an Politik, Arbeitsmärkten, Wirtschaft

und Entwicklungsmöglichkeiten könnte den Ländern der Region erhebliche Vorteile bringen.

Wirtschaftliche Missstände

Dennoch bleibt das Potenzial dieser jüngeren Bevölkerungsgruppe weitgehend ungenutzt. Regierungen um Regierungen haben es versäumt, Arbeitsplätze zu schaffen, entschieden gegen Korruption und Vetternwirtschaft vorzugehen, hinreichend in Bildung zu investieren und die gesellschaftliche Vorliebe für Stellen im öffentlichen Dienst zu überwinden. Im Korruptionsranking belegen Sri Lanka, Bangladesch und Nepal unter 180 Ländern Plätze jenseits der 100. Korruption ist hiernach anhaltend verbreitet und bestimmend. Die Vetternwirtschaft hat die Menschen davon abgehalten, bestehende Möglichkeiten für ihr Fortkommen effektiv zu nutzen. Vor den sozialen Protesten wurden Regierungsstellen und Sozialhilfeleistungen bevorzugt an Familienangehörige, Anhänger/-innen und die Wählerschaft der Regierungsparteien vergeben. Gelder wurden veruntreut und unterschlagen, groß angelegte, undurchsichtige Ausschreibungs- und Beschaffungsprozesse bedienten die Immergleichen.

Im Bildungswesen hält sich hartnäckig die erhebliche Kluft zwischen den von der Privatwirtschaft

geforderten und andererseits den tatsächlich erworbenen Qualifikationen. Eine Kluft herrscht ebenso zwischen den Erwartungen und Ambitionen sowie den realen Gelegenheiten der jungen Generation. Die nationalistische und populistische Politik in den Ländern hat ausländische Investitionen abgeschreckt. Zumindest ist es ihr weitgehend nicht gelungen, Investitionen anzuziehen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die immer deutlicher werdende Eintrübung der Zukunft hat zu Massenabwanderungen auf der Suche nach Arbeit und Auskommen ins Ausland massiv beigetragen.

Der Bruch und die Folgen

Die jüngere Generation fühlte sich im politischen Umfeld und bei den Beschäftigungsmöglichkeiten zunehmend übergangen. Externe Schocks, ausgelöst durch COVID-19, den Krieg zwischen Russland und der Ukraine und die Unterbrechung der Lieferketten, verdichteten die wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Herausforderungen und schufen den Nährboden für Unruhen. Die anhaltende Misswirtschaft der Rajapaksa in Sri Lanka, die Erhöhung der Beschäftigungsquoten für Freiheitskämpfer (sprich: Awami-Liga) in Bangladesch und das Verbot von Social-Media-Apps in Nepal erwiesen sich jeweils als letzter Sargnagel.

Die drei Protestbewegungen wiesen ihrerseits ähnliche Tendenzen auf. Es handelte sich um dezentrale Proteste, die ohne ausgewiesene Führungspersonen auskamen. Zivilgesellschaft, Studierende, Aktivist(inn)en, Künstler/-innen und Gewerkschaften mobilisierten sich mittels eigener Kommunikationsstrukturen und Netzwerke. Um ihre Unzufriedenheit mit dem politischen System als Ganzes zu unterstreichen, hielten die

Demonstrant(inn)en Abstand zu politischen Parteien. Ihr vorrangiges Ziel bestand darin, strukturelle Veränderungen zu fordern, Eliten und Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen und die Voraussetzungen für ein besseres Leben zu schaffen. Soziale Medien verbreiteten regierungs- und elitenfeindliche Narrative und mobilisierten Massen. Als paranoide Regierungen Gewalt anwendeten, gewannen die Demonstrant(inn)en an Sympathie. Wütende Menschenmengen griffen staatliche Institutionen, Parteibüros und Führungskräfte politischer Parteien an und erzwangen die Rücktritte von Regierungen.

Gemangelt hat es hingegen an Klarheit darüber, mit welchen Mitteln Reformen vorangetrieben und die zukünftige Ausrichtung des Landes gestaltet werden sollten. So drangen, als die Regierungen geschwächt wurden und ein Machtvakuum entstand, Opportunisten und oppositionelle Parteien in das Protestlager ein. Sie kaperten die Narrative und bewarben ihre damals nicht zum Mainstream gehörende Politik und Ideologie: in Sri Lanka die vormals marxistisch-militante *Janatha Vimukthi Peramuna* (JVP), in Bangladesch die *Bangladesh National Party* (BNP) und *Jamaat-e-Islami*, in Nepal teils pro-monarchistische Kräfte [im Jahr 2025 – Anm. d. Red].

Tatsächlich gewann in Sri Lanka Präsident Anura Dissanayake von der von der JVP geführten linken Koalition die Wahlen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. In Bangladesch erhielt die BNP die absolute Mehrheit. Die Diskussion über Reformen verlief gleichwohl mit wenig Konsens und war eher polarisierend. In Nepal blieben Reformen im Zuständigkeitswirrwarr einer [damaligen, 2025 – Anm. d. Red.] Interimsregierung hängen. Das Militär in allen drei Ländern hielt sich im Übergangsprozess bemerkens-

wert zurück. Blutvergießen wurde vermieden, führende Politiker/-innen zum Rücktritt bewogen und an sichere Orte gebracht. Erfreulicherweise zeigt das Militär nach wie vor geringes Interesse an einer Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten. Gleichzeitig verfügt diese Institution heute über relativ mehr Macht als zuvor.

Neues in alten Schläuchen?

Tatsächlich hat sich der Prozess der politischen Entscheidungsfindung wieder in tradierte politische Institutionen zurückverlagert. Insgesamt tragen die neuen Regierungen in der Region nun eine große Verantwortung dafür, Reformen voranzutreiben und den Menschen ein besseres Leben sowie eine bessere Regierungsführung zu ermöglichen. Während die Proteste die Politiker/-innen der alten Garde und veraltete politische Institutionen herausgefordert haben, wird das politische Vakuum derzeit von Parteien und Ideologien außerhalb des politischen Mainstreams gefüllt, um Demokratie und Lebensqualität zu stärken. Dem südasiatischen Frühling könnten daher zwei Optionen folgen: eine Blüten und Früchte treibende zweite Jahreszeit, aber ebenso neue Wellen von Unsicherheit, Instabilität, Gewalt und eine weitere Aushöhlung der Demokratie.

Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Theodor Rathgeber.

Zum Autor



Aditya Gowdara Shivamurthy ist assoziiertes Mitglied (*Associate Fellow*) bei der unabhängigen Denkfabrik *Observer Research Foundation* in Neu-Delhi.

Texthinweis

Der Originaltext erschien am 20. September 2025 auf der Webseite der *Observer Research Foundation* unter dem Titel *South Asia's Youth Uprisings: Trends, Causes, and Implications*.